



KEA · Kaiserstr. 94 a · 76133 Karlsruhe

An
den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Dr. Norbert Röttgen

den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Dr. Philipp Rösler

Kaiserstr. 94 a
76133 Karlsruhe
Tel.: (0721) 98471-0
Fax: (0721) 98471-20
info@kea-bw.de

Kontakt E-Mail
Dr.-Ing. Volker Kienzlen volker.kienzlen@kea-bw.de

Durchwahl Datum
13.03.2012

Bank: Baden-
Württembergische Bank
Karlsruhe
Konto 74 02 04 50 68
BLZ 600 501 01

**Vorsitzender
des Aufsichtsrats:**
Ministerialdirigent
MARTIN EGGSTEIN

Geschäftsführer:
DR. ING. VOLKER KIENZLEN

Registergericht:
Amtsgericht Mannheim
Register-Nr. Abt.
B 107275

Offener Brief: Ende der Wende?

Sehr geehrter Herr Minister Röttgen, sehr geehrter Herr Minister Rösler,

begleitet von heftigen öffentlichen Protesten haben Sie sich auf ein neues Vergütungsregime für solar erzeugten Strom geeinigt. Warum?

Bereits heute ist ein Degressionsszenario vereinbart, das die Photovoltaikindustrie in eine beispiellose Lernkurve zwingt. Keine andere Technologie zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat bis heute so drastische Kosteneinsparungen erzielt und keine andere Stromerzeugungstechnologie hat noch vergleichbare Kosteneinsparpotenziale vor sich. Sehen Sie es als verlässliche Politik an, wenn Sie nach nur zehn Wochen Geltungsdauer der aktuellen Vergütungen eine neue Kürzung vornehmen?

Ja, Photovoltaik war über viele Jahre eine volkswirtschaftlich gesehen sehr teure Form der Stromerzeugung. Schon heute jedoch ist PV-Strom günstiger als Offshore-Windstrom und wird näher an Verbrauchsschwerpunkten erzeugt, sodass hierfür kein Ausbau von Transportkapazitäten erforderlich ist. Um es jedoch deutlich zu machen: Es geht nicht um Wind oder PV, es geht nicht um Biomasse oder Wasserkraft, sondern wir müssen alle regenerativen Erzeugungs- und zudem alle Effizienzpotenziale erschließen, um die Energiewende zu schaffen. Lassen Sie die zusätzliche Kürzungsrunde ausfallen, und verzichten Sie auf den geplanten nicht mehr atmenden Deckel, der zum Ersticken der mit viel öffentlichem und privatem Kapital aufgebauten Photovoltaikindustrie in Deutschland führen dürfte! Auch die Deckelung der Vergütung auf 85 % oder 90 % der Erzeugung führt zu einem drastischen Einbruch des PV-Ausbaus durch viele kleine Genossenschafter oder Privatinvestoren.



Die aktuellen Kürzungspläne bei der Photovoltaik wären für uns allein kein Grund für einen gemeinsamen, offenen Brief. Tatsache ist jedoch, dass Sie auch die übrigen elementaren Bausteine der Energiewende bei weitem nicht in dem Maße vorantreiben, wie dies erforderlich wäre:

Mit der von Ihnen vorgelegten Novelle des KWKG werden die Ausbauziele für die effizienteste Nutzungsart fossiler Brennstoffe weit verfehlt. Alle uns bekannten Fachleute – einschließlich der von Ihnen beauftragten Gutachter – sind sich in dieser Beurteilung einig. KWKG stellt jedoch gerade in Verbindung mit Wärmespeichern eine ideale Ergänzung zu den volatilen erneuerbaren Energien dar. Heben Sie die Vergütungssätze daher auch für kleine und mittlere Anlagen um mindestens 0,5 ct/kWh an, für Anlagen über 2 MW um mindestens 0,3 ct, um ausreichende wirtschaftliche Anreize zu schaffen. Beseitigen Sie handwerkliche Mängel wie die 50 kW-Grenze, damit nicht systematisch zu kleine Anlagen errichtet werden. Konkrete Vorschläge hierfür liegen Ihren Häusern vor. Schaffen Sie zudem einen wirtschaftlichen Anreiz dafür, BHKWs dann zu betreiben, wenn erneuerbare Energien gerade nicht am Netz sind.

Der elementar wichtige Bereich der Gebäudesanierung erfährt ebenfalls nicht die kontinuierliche und verlässliche Förderung, die der Hausbesitzer braucht – im Gegenteil: Mit monatlich neuen Wasserstandsmeldungen zu den KfW-Mitteln und regelmäßigen Änderungen beim Marktanzreizprogramm verhindern Sie Investitionen, statt sie zu fördern: Der Bürger wartet, ob die Konditionen nicht vielleicht noch besser werden. Die unsägliche Diskussion über Steuerentlastungen für Hausbesitzer erinnert an den Streit über das Fell des Bären, das verteilt wird, während dieser weiter munter durch den Wald rennt: Die Steuermehreinnahmen durch eine gesteigerte Sanierungsrate bei Bund und Länder würden die Einnahmeausfälle in Verbindung mit den Arbeitsmarkteffekten bei weitem kompensieren.

Ihre Blockade-Haltung zur Europäischen Energieeffizienzrichtlinie macht Deutschland auf europäischer Ebene in Sachen Klimaschutzpolitik unglaubwürdig. Geben Sie diese Haltung auf, um das verspielte Vertrauen zurückzugewinnen und setzen sie die Regeln zügig in nationales Recht um!

Die EU-Gebäuderichtlinie fordert ab 2020 den Bau von Nahe-Null-Energiegebäuden: Dies erfordert einen klaren Fahrplan für die Bauwirtschaft, der den Weg dorthin in Stufen aufzeigt. Das mag Änderungsbedarf beim Energieeinspargesetz auslösen, die Bauwirtschaft benötigt jedoch eine klare Perspektive. Starten Sie parallel eine Qualifikationskampagne für die Bauschaffenden, um Architekten, Handwerker und Energieberater mit den Anforderungen des integralen Bauens und Sanierens vertraut zu machen.

Sehr geehrter Herr Röttgen, sehr geehrter Herr Rösler, bitte holen Sie die Meseberger Beschlüsse aus der Schublade und versuchen Sie, diese wirklich konsequent umzusetzen.

Als Partner vor Ort stehen die Energieagenturen in den Regionen und den Ländern gerne als Partner zur Verfügung: Wir sind dem Klimaschutz verpflichtet! Sie auch?



Mit freundlichen Grüßen

Dr.-Ing. Volker Kienzlen

Geschäftsführer KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH

Im Namen der regionalen Energieagenturen Baden-Württembergs:



Berthold Hanfstein



Heinz Kastenholz



Dirk Vogeley



Gerd Burkert



Jochen Schäfenacker



Ulrich König

Regionale
Energieagentur
Ulm



Roland Mäckle



Dr. Erika Höcker



Dr. Klaus Kessler



Uwe Ristl



Frank Künzig



Iris Dettweiler



Rigobert Zimpfer



Joachim Bühner, Ralf Ellenberger, Rolf Halter



Walter Göppel



Tina Schindowski, Josef Krahl